

The logo for the FDP Hamburg, featuring the letters 'FDP' in a bold, blue, sans-serif font on a yellow rectangular background.The word 'Hamburg' in a blue, sans-serif font, positioned below the yellow box of the FDP logo.A photograph of a grand, multi-story building with a red brick facade and white stone accents. The building features a prominent gable with a clock tower at the top, several large windows with decorative frames, and three arched doorways at the ground level. The sky is overcast.

***JA zum Durchstarten!
Erfolgreiche Arbeit in
Harburg fortsetzen!***

**Wahlprogramm der FDP Harburg zur Wahl zur
Bezirksversammlung am 20. Februar 2011**

Programm der FDP Harburg zur Wahl zur Bezirksversammlung am 20. 2. 2011

**JA zum Durchstarten!
Erfolgreiche Arbeit der FDP in Harburg
fortsetzen!**

Harburg muss und kann mehr aus sich machen! Die FDP möchte gestalten und unseren schönen Bezirk weiterentwickeln. Dabei glauben wir nicht, dass es ohne die Beteiligung der Harburgerinnen und Harburger geht. Harburg braucht pragmatische und zielorientierte Entscheidungen!

**Wir wollen bei dieser Wahl einen Politikwechsel in Harburg.
Wir haben den Mut für Veränderungen und das Ziel, unseren Bezirk voran zu bringen.**

**Harburg liegt uns am Herzen und wir sind uns
sicher:**

Wir können Harburg besser!

**Wählen Sie
am 20. Februar 2011**

FDP

und sagen Sie JA zu Harburg!

Harburg als funktionierender Wirtschafts-, Verkehrs- und Naturraum

Harburgs Straßen werden zunehmend von Fern- und Durchgangsverkehren frequentiert. Es ist unverständlich, dass das überfällige Verkehrskonzept zur Entlastung der Süderelberegion und zur Bündelung der Transit- und Hafenverkehre weiterhin auf sich warten lässt. Auch haben sich für die Anwohner und Familien vielerorts derartige belastende Zustände entwickelt, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Situation unumgänglich sind.

Daher wollen wir Harburger Liberalen,

- dass ein tragfähiges und seriöses Gesamtverkehrskonzept für die Süderelberegion absolute Priorität erhält und vom Senat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Niedersachsens in absehbarer Zeit erstellt wird,
- dass die Hafenuferspange tatsächlich durch den Hafen verlaufen muss und nicht durch wertvolle Mooregebiete in Süderelbe; daher ist die Nordvariante ohne Alternative,
- dass der in der verbliebenen Zeit kaum noch lösbare Konflikt zwischen IBA+igs und der bestehenden Wilhelmsburger Reichsstraße (B4/75) nicht auf Kosten Harburgs „gelöst“ werden wird. Eine zeitweilige Sperrung der Wilhelmsburger Reichstraße lehnen wir ab,
- dass das von der Hamburger Stadtplanung erstellte Achsenkonzept für den Bezirk um einen geschlossenen Grüngürtel südliche der Elbe von der Alten Süderelbe bis an die Grenzen des Binnenhafens ergänzt wird in enger Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz,
- dass eine S-Bahn-Haltestelle in Bostelbek eingerichtet wird,
- dass auf eine zügige Erstellung seriöser Lärmaktionspläne zur Umsetzung der EU-Lärmschutzrichtlinie im Bereich des Bezirkes Harburg hingewirkt wird,
- dass die Verkehrsregelung auf allen Straßen im Bezirk auf einen zügigen und gleichmäßigen Verkehrsfluss mit verträglichen real gefahrenen Geschwindigkeiten ausgerichtet werden soll, um die Immissionsbelastungen der Anlieger im Rahmen des Möglichen begrenzen. Dabei sollen möglichst zeitnah und flächendeckend die auf dem Markt vorhandenen aktiven/interaktiven Regelungssysteme (Telematik) zum Einsatz kommen,
- dass alle Maßnahmen der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung noch mehr auf Schulen und andere Gefahrenpunkte hin ausgerichtet werden sollen,
- dass an Strecken mit besonderen Belastungen wie z.B. der Bremer Straße darüber hinaus gezielt „Bremsampeln“ zum Einsatz kommen, um die real gefahrenen Geschwindigkeiten insbesondere beim Schwerverkehr auf wirtschaftlichem Wege zu verringern,
- dass aufgrund der besonderen Situation am Estedeich in Cranz dort eine Variante des Konzeptes der Gemeinschaftsstraße zum Einsatz kommen soll,

um mit möglichst wenig Erweiterung der Gesamtverkehrsfläche eine maximale Nutzbarkeit für alle Verkehre zu ermöglichen,

- dass bei Senat und Bürgerschaft mittelfristig auf eine Reduzierung der Standards für Erschließungsstraßen gesetzt wird,
- dass bei der Fertigstellung von Straßen stets im Dialog mit den betroffenen Anliegern eine Beschränkung auf den wirklich gewünschten und sachlich benötigten Ausbau das Ziel sein soll. Luxusausbauten auf Kosten der Bürger sollen, soweit es die Rechtslage zulässt, vermieden werden,
- dass für den Betrieb des Airbus-Werkflugplatzes die Überwachung und Durchsetzung der im Planfeststellungsverfahren festgelegten Parameter und Immissionsbelastungen eingefordert und kontrolliert wird,
- dass vom Senat eingefordert wird, dass Airbus endlich ein wirksames Planungsrecht erhält,
- dass bei Erhaltung, Sanierung und dem Ausbau des Radwegenetzes in Harburg die zugeteilten Mittel mehr nach Sicherheit und Effektivität für die Nutzer eingesetzt werden sollen und weniger nach Gesichtspunkten der plakativen Sichtbarkeit oder symbolischen Wirkung,
- dass das Projekt *Stadtrad* auch südlich der Elbe eingeführt wird,
- dass die rechtlich zwingenden Ausgleichsflächen für den Flächenverbrauch durch bereits erfolgte Investitionen zulasten von Natur und Landschaft geschaffen werden und dabei Flächenmanagement-Instrumente stärker als bisher verwendet und ein Flächenkataster erstellt wird,
- dass der praktische Naturschutz im Bezirk wieder die angemessene Würdigung finden und aus der Nische befreit werden muss, in die er durch theoriefixierte Umweltschutzfolklore und „Klimapolitik“ auf kommunaler Ebene gedrängt wurde,
- dass die gesamte Alte Süderelbe unter Naturschutz gestellt wird.

Harburg als attraktive Einkaufsstadt

Harburg hat mit seinem Einzugsgebiet von insgesamt 500.000 Einwohnern ein großes Entwicklungspotential. Durch die Nähe zur Millionenstadt Hamburg sind zusätzliche Synergie-Effekte möglich. Seit langem liegt die Entwicklung in Harburg brach. Dabei bedarf es von politischer Seite der vollen Ausschöpfung der Möglichkeiten von Bezirksverwaltung und Bezirksversammlung. Harburg muss mit konkreten Zielen und konsequenten Maßnahmen endlich zu einem vitalen, aktiven Oberzentrum werden und Neugraben zu einem attraktiven Einkaufsort für den täglichen Bedarf.

Deshalb wollen wir Harburger Liberalen,

- dass für den Sand und die Hölertwiete ein BID (Business Improvement District) eingerichtet wird, d.h. ein organisierter Zusammenschluss aller betreffenden Anlieger und Eigentümer, um mit gezielten Maßnahmen und Aktionen eine nachhaltige Verbesserung der Einkaufssituation zu erreichen, so wie in der Lüneburger Straße, in Bergedorf oder am Neuen Wall in Hamburg,
- dass für Neugraben ebenfalls ein BID eingerichtet wird zur Verbesserung der Einkaufssituation dort,
- dass ein BID grundsätzlich mit stärkeren Kompetenzen ausgestattet wird,
- dass die Märkte auf dem Sand und in Neugraben als Freiluft-Märkte erhalten und zukunftsfähig bleiben und als Marktplätze für die Erzeuger aus den Regionen Altes Land, Vierlande und dem Landkreis gefördert werden.
- dass mehr öffentliche Freiflächen für Cafés und Restaurants zur Verfügung gestellt werden,
- dass der von allen Parteien beschlossene Antrag der Bezirksversammlung, für den Tunnel eine tragfähige Zwischenlösung herbeizuführen, zügig umgesetzt wird. Diese Verbindung zu erhalten und für Fußgänger und Rollstuhlfahrer funktionstüchtiger und komfortabler zu machen, ist das Gebot der Stunde.
- dass die Harburger City entlang der Seevepassage, des Tunnels und der Lüneburger Straße mit starken Geschäften attraktiv entwickelt wird, um die gesamte City zusammen zu führen,
- dass eine Harburg Information in der Lüneburger Straße geschaffen wird, denn unser schöner Bezirk soll zeigen, was er zu bieten hat und wie er sich weiter entwickelt.

Harburg als lebendige Universitätsstadt

Die Technische Universität Hamburg-Harburg und die TU-Tech-Innovation sollen zu einem starken Entwicklungsmotor für die Wissenschaft und Wirtschaft in Harburg werden. Bessere Rahmenbedingungen für die Studierenden gehören ebenso dazu wie der leistungsgerechte Ausbau der Universität und seiner Institute.

Daher wollen wir Harburger Liberalen

- dass die TU sich öffnet und in die Harburger Innenstadt integriert wird mit Lehre, Forschung, Kultur und studentischem Leben,

- dass die Kasernengebäude vollständig hochschulgerecht um- und ausgebaut werden, um die dringend benötigten Räume für Forschung und Lehre zu schaffen,
- dass der Platz und die Grünanlagen auf dem Schwarzenberg überplant werden mit dem Ziel, dort eine kontinuierliche und angemessene Freizeitnutzung für die Studierenden und die Harburger Bürger zu ermöglichen,
- dass ein Parkraumkonzept rund um den Bereich der Universität erstellt wird,
- dass die Universität und die wissenschaftlichen Institute im Harburger Stadtgebiet und auf den Bundesautobahnen deutlich und erkennbar ausgeschildert werden,
- dass in Kooperation mit der TUTech-Innovation GmbH ein Wissenschafts- und Gründerzentrum für Grüne Technologien im Binnenhafen errichtet und zwecks Ansiedlung forschungsintensiver Betriebe und Einrichtungen in Harburg gezielte Wirtschaftsförderung betrieben wird,
- dass die Hafen-City-Universität (HCU) wieder mit der TU vereinigt wird,
- dass das Versprechen des Bürgermeisters endlich erfüllt wird, die Wissenschaftsbehörde in Harburg anzusiedeln.

Harburg als vielseitiger Wohnort

Harburg profitiert von einer vielfältigen sozialen, interkulturellen und generationen-übergreifenden Einwohnerschaft. Seine Vielfalt und Mixtur muss durch entsprechende Wohnungsangebote unterstützt und verstärkt werden.

Daher wollen wir Harburger Liberalen,

- dass das Zusammenleben der Generationen, ob im Familienverband oder im sozialen Umfeld, durch preiswerte und flexibel gestaltbare kommunale Wohnraumangebote verstärkt wird,
- dass durch familiengerechten Wohnungsbau die Abwanderung ins Umland gestoppt wird,
- dass bei Wohnungsbau und -sanierung neue energetische Standards gefördert, aber nicht vorgeschrieben werden,
- dass die schwache Entwicklung des Neubaugebietes „Elbmosaik“ (NF 65) durch eine Lockerung der engen baurechtlichen Vorgaben belebt werden muss,

- dass ein weiterer Verfall der zahlreichen leerstehenden Häuser in Neuenfelde, deren Eigentümer die Finanzbehörde ist, dringend gestoppt wird, diese Häuser saniert und an junge Familien vermietet oder veräußert werden,
- dass für das Kleefeld in Marmstorf weiterhin eine Bebauung mit Einzelhäusern vorzusehen ist,
- dass die hochwertige Bebauungsplanung für das Baugebiet Fischbeker Heidbrook (ehemalige Röttiger Kaserne) erhalten bleibt und eine stadtplanerische Abwertung und der Abriss historischer Bauwerke verhindert wird,
- dass neue Großvorhaben des Senats im sozialen Wohnungsbau nicht in Harburg realisiert, sondern – wenn überhaupt - verstärkt andere Bezirke Hamburgs in die Pflicht genommen werden.

Harburg als sichere und soziale Stadt

Das Bedürfnis nach Sicherheit, sozialer Integration und Chancengleichheit ist groß in Harburg. Unterschiedliche Lebenswelten treffen auf engem Raum aufeinander. Dabei ist das einvernehmliche Zusammenleben der Bürger jeglichen Alters und jeglicher Herkunft unser Ziel.

Daher wollen wir Harburger Liberalen,

- dass in den Harburger Zentren neue, sportliche Freizeitangebote, z.B. in Form eines Indoorspielplatzes, ihren Platz finden,
- dass ehrenamtliche Stadtteilbeiräte in allen Stadtteilen eingerichtet werden,
- dass die Sanierungsbeiräte in den Sanierungsgebieten in ihrer Arbeit gestärkt werden,
- dass die Finanzierung des Freibades Neugraben aufgrund der sozialen Bedeutung langfristig gesichert wird,
- dass zügig mit der Planung eines Hospizes in Harburg für Schwerstkranke begonnen wird,
- dass für die Freiwillige Feuerwehr in Harburg ein neuer Standort im Dialog mit allen Beteiligten als bedarfsgerechte und tragfähige Lösung gefunden wird,
- dass die Bürgernahen Beamten in voller Anzahl erhalten bleiben, wobei die Verbesserungen nicht über zusätzliche Haushaltsmittel, sondern durch Einsparungen von PR-, Stabs- und Intendantenstellen bei der Hamburger Polizei erfolgen,
- dass die Personallage an den Harburger Polizeiwachen wieder verbessert wird und die bei der Zusammenlegung der Wachen zum neuen PK46 erfolgten Kürzungen umgehend rückgängig gemacht werden,

- dass das PK47 in Süderelbe schnellstmöglich einen weiteren Streifenwagen mit zugehörigen Stellen zugeteilt bekommt,
- dass das Vorgehen des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) sich vorrangig auf solche Ordnungswidrigkeiten ausrichtet, die zu konkreten Belästigungen, Behinderungen oder Schädigungen von Dritten führen. Derselbe Grundsatz sollte auch bei der örtlichen Einsatzgestaltung gelten,
- dass den in Harburg und Süderelbe in der Öffentlichkeit agierenden Trinkergruppen nach dem erfolgreichen Kieler Vorbild dezentrale Konsumräume („Saufraum“) mit angegliederten freiwilligen und niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangeboten eingerichtet werden,
- dass die gut angenommen niedrigschwelligen Hilfsangebote für Drogenabhängige im Bezirk erhalten und ausgebaut werden.

Harburg als attraktiver Kultur- und Veranstaltungsort

Die Vielfalt und Lebendigkeit der Kunst und Kultur in Harburg ist geprägt von privaten Initiativen, Vereinen und dem tatkräftigen Handeln ehrenamtlich tätiger Menschen. In den bildenden Künsten, der Musik, im Denkmalschutz, bei der Erforschung der Stadtgeschichte, in der Stadtteilkultur – überall tragen die Initiativen und Tätigkeiten einzelner Akteure oder Gruppen wesentlich zum Erhalt der kulturellen Vielfalt in Harburg bei.

Daher wollen wir Harburger Liberalen,

- dass der Kulturstandort Harburg zu einem starken Veranstaltungsmagneten wird durch ein gemeinsames professionelles Marketing der Veranstaltungsorte Rieckhof, Stellwerk, Eberthalle, Klangkirche, das Harburger Theater und Cinemaxx,
- dass die Harburger Bürger jeden Alters und jeglicher Herkunft ermutigt werden zu kreativem kulturellem Engagement durch eine Erhöhung der Bezirkskulturmittel und einer transparenten und öffentlichen Mittelvergabe durch die Bezirksversammlung,
- dass die organisatorische Selbstständigkeit des Kulturhauses „Süderelbe“ erhalten bleibt,
- dass die öffentliche Präsenz der Niederdeutschen Sprache verstärkt und auch in Kitas und Schulen den Kindern nahegebracht wird, da die Niederdeutsche Sprache zur Identität und Geschichte Harburgs gehört,
- dass die umfassende Renovierung des Rieckhofs und die Verbesserung seiner visuellen Wahrnehmbarkeit angestrebt wird,

- dass der „Kunstverein Harburger Bahnhof“ als Experimentierraum für junge Kunst institutionell gefördert wird,
- dass die Sammlung Falckenberg in den Harburger Phoenixhallen gesichert ist und die Kooperation mit den Deichtorhallen auch in Harburg zu einem regelmäßigen Ausstellungs- und Veranstaltungsbetrieb führt,
- dass die Phoenixhallen zu einem bedeutenden und erkennbaren Teil der Hamburger Kunstmeile werden,
- dass das Werk und Wohnhaus der in Harburg gelebten und hochgeachteten Künstlerin Hanne Darboven den Harburgern Bürgern zugänglich und anschaulich gemacht wird,
- dass die Abteilung für die Stadtgeschichte Harburgs im Helms Museum auf der Basis eines zukunftsfähigen Aufgaben- und Finanzierungskonzepts erhalten und ausgebaut wird,
- dass die jetzt einzeln nebeneinander arbeitenden Museumsabteilungen der Archäologie, Bodendenkmalpflege und Stadtgeschichte interdisziplinär miteinander verbunden werden,
- dass ein thematischer Schwerpunktbereich im Helms Museum zur historisch-archäologischen Erforschung der Schlossinsel und des Binnenhafens realisiert wird,
- da die Industriearchitektur das charakteristische urbane Merkmal des Harburger Stadtbildes ist, und die Gebäude der Phoenix-Fabrik und NYH-Compagnie zu Harburger Wahrzeichen geworden sind, wollen wir erreichen, dass die denkmalgeschützten Gebäude der NYH - Compagnie und der Phoenix erhalten bleiben und eine Sanierung im Rahmen neuer Nutzungskonzepte umgesetzt werden kann.

Harburg braucht eine bürgernahe und zuverlässige Verwaltung

Eine zuverlässige, maßvolle und serviceorientierte Verwaltung ist für die positive Entwicklung Harburgs unerlässlich und für das reibungslose Zusammenleben der Harburger von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig muss sie sich zurücknehmen und Freiräume schaffen für kreative und selbstverantwortliche Lösungen vieler unterschiedlicher Akteure.

Daher fordern wir Harburger Liberalen:

- Die Leistungsverwaltung für den Bürger muss Priorität haben. Sie muss so bedarfsgerecht ausgestattet und finanziert werden, dass auch neue Aufgaben problemlos bewältigt werden können, wie z.B. die Ausgabe der neuen Personalausweise oder Kita-Gutscheine. Dieses soll nicht durch zusätzliche Staatsausgaben geschehen, sondern durch Abbau fachlicher Doppelstrukturen.

- Stadtplanung und Ordnungspolitik müssen sich stets nach Rechtsstaatlichkeit und ordnungspolitischen Grundsätzen richten.
- Verwaltungsvorhaben, die sachfremden politischen Zielen dienen, ist durch die Bezirksversammlung entschlossen entgegenzuwirken.
- Planvorgaben sind bewusst offen zu gestalten, um möglichst vielen Akteuren Raum zu geben für Eigeninitiative, Kreativität und vielfältige Investitionsvorhaben.
- Planverfahren sollen sorgfältig, sachgerecht und verlässlich erfolgen. Dabei ist zu beachten, dass Zeitvorgaben und Verwaltungsanordnungen die Realisierung von Projekten nicht gefährden und potentielle Investoren nicht abschrecken.
- Bei der Erstellung des dringend nötigen neuen Schulentwicklungsplanes (SEPL) müssen die kommunalpolitische Expertise in der Bezirksversammlung und die Anliegen der Schulen angemessen berücksichtigt werden.
- Ein funktionierendes elektronisches Ratsinformations-Service-System ist zeitnah einzuführen. Die Teilhabe der Bürger an der Kommunalpolitik und der Arbeit ihrer Gremien in Harburg ist dadurch entscheidend zu verbessern.

Und unsere zentrale Forderung: Die Bezirksversammlung Harburg muss ein echtes Kommunalparlament werden nach dem Vorbild der Berliner Bezirke. Der Senat darf nur in Ausnahmefällen Entscheidungen an sich ziehen („evozieren“).

Harburg, den 28. Januar 2011

FDP-Bezirksverband Harburg